

Antrag 135/II/2022**KDV Pankow****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Absolutes Werbeverbot für Tabakwaren durchsetzen**

1 Die SPD setzt sich für ein absolutes Tabakwerbeverbot
2 ein. Dieses Werbeverbot umfasst alle noch erlaubten Ta-
3 bakwerbemaßnahmen: Werbung am Verkaufsort (z.B. in
4 Tankstellen) und in öffentlichen Innenräumen (z.B. in Ein-
5 kaufszentren), Werbung in Printmedien des Tabakfach-
6 handels, Werbung an den Außenflächen des Tabakfach-
7 handels, Kinowerbung in Filmen ab 18 Jahren, Sponso-
8 ring nicht grenzüberschreitender Veranstaltungen, Wer-
9 bung auf zugangsbeschränkten Internetseiten, Promoti-
10 on, direkte Ansprache potenzieller Kundschaft (z.B. auf
11 Events oder per E-Mail), Ambient Media (alle Werbefor-
12 men, die im Lebensumfeld platziert werden), sog. Brand
13 Stretching/Brand Sharing, Werbung in Form von Zigarett-
14 enautomaten, Werbung in Form von Tabakproduktver-
15 packungen (neutrale Einheitsverpackungen sollen umge-
16 setzt werden).

17

Begründung

19 Tabak führt in Deutschland und weltweit zu schwersten
20 gesundheitlichen, sozialen, ökonomischen und ökologi-
21 schen Schäden. Allein in Deutschland sterben pro Jahr er-
22 schreckende 127.000 Menschen an den Folgen des Rau-
23 chens. Tabak ist damit mit Abstand das größte vermeid-
24 bare Gesundheitsrisiko und Todesursache in Deutschland.
25 Hinzu kommen **Kosten für die Solidargemeinschaft von**
26 **jährlich rund 97 Mrd. Euro** (Behandlungskosten, Produkti-
27 vitätsausfälle, Reinigungskosten, etc.) sowie weitreichen-
28 de ökologische Schäden über die gesamte Tabaklieferket-
29 te hinweg – angefangen bei der Abholzung und Wasser-
30 verschmutzung im Rahmen des Tabakanbaus über enor-
31 me CO2-Emissionen bei der Tabakverarbeitung bis hin zu
32 den jährlich **4,5 Billionen Zigarettenkippen, die unsachge-
33 mäß in der Umwelt entsorgt werden.**

34

Die Tabakindustrie ist kein ‚normaler‘ Wirtschaftszweig!

36 es sind vor allem die besonders perfiden, menschenrechts-
37 feindlichen und betrügerischen Praktiken der Zigaretten-
38 konzerne, die strenge Gesetze und einen politischen Ver-
39 haltenskodex nicht nur rechtfertigen, sondern ethisch ge-
40 radezu notwendig machen. Die Tabakindustrie ist sich
41 über das hohe Suchtpotenzial vollkommen im Klaren - hat
42 es jedoch durch das gezielte Beimischen von Zusatzstof-
43 fen noch zusätzlich weiter erhöht. Sie versucht seit jeher
44 mithilfe verschiedenster Marketingstrategien (Werbung,
45 Produktplatzierungen, Influencing, Promotion, etc.) Ein-
46 fluss auf die Konsumpräferenzen junger, meist minderjäh-
47 riger und nicht selten vulnerabler Menschen zu nehmen.

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

48 Gerade in der Pubertät sind Menschen besonders emp-
49 fänglich für äußere Einflüsse, die ihnen Identität, Zugehör-
50 rigkeit oder Anerkennung versprechen.

51

52 Der Tabakindustrie nimmt das menschliche Leid, das
53 durch ihr Produkt verursacht wird, seit jeher billigend in
54 Kauf. Dabei schreckt sie auch nicht davor zurück, man-
55 gelndes Bewusstsein gezielt auszunutzen, wie sich bei-
56 spielsweise in ärmeren Bevölkerungsteilen des globa-
57 len Südens beobachten lässt. Zudem ist ausführlich do-
58 kumentiert, dass die Tabakindustrie jahrzehntelang sys-
59 tematisch versucht hat, etablierte wissenschaftliche Er-
60 kenntnisse zur Schädlichkeit des aktiven und passiven
61 Rauchens zu bekämpfen. Ziel war immer die Verhinde-
62 rung oder zumindest Verzögerung von unliebsamen Re-
63 gulierungen. Zu diesem Zweck wurden gezielt Falschinforma-
64 tionen verbreitet und Forschungsergebnisse manipu-
65 liert.

66

67 Deutschland weist eine der schlechtesten Tabakkontroll-
68 politiken in ganz Europa auf. **Auf der Europäischen Ta-
69 bakkontrollskala belegt Deutschland seit 2013 fortlau-
70 fend den (vor)letzten Platz.** Ein Hauptgrund für dieses Ab-
71 schneiden ist die Tatsache, dass hierzulande der Tabak-
72 industrie nach wie vor weitreichende Möglichkeiten zur
73 politischen Einflussnahme gewährt werden – sowohl von
74 Regierungsseite als auch von Parteienseite. Damit ver-
75 stößt Deutschland regelmäßig gegen **Artikel 5.3 des WHO-
76 Tabakrahmenübereinkommens (FCTC)**, das von Deutsch-
77 land 2004 ratifiziert wurde.